Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR

Von Martin Rißmann

Die Entwicklung der Tätigkeitsfelder und der inneren Situation der gleichgeschalteten Ost-CDU hat in der DDR-Forschung bis zur deutschen Vereinigung nur geringe Aufmerksamkeit gefunden. Seit der erzwungenen Umformung zu einer stalinistischen Kaderpartei im Verlauf des Jahres 1950 galt die CDU in organisatorischer und programmatischer Hinsicht als eine Kopie der SED. Nach der Anerkennung der führenden Rolle der SED im Juli 1952 zeichneten sich ihre politischen Erklärungen durch eine bedingungslose Gefolgschaft aus. Auf der anderen Seite vereinigte die CDU Angehörige einer Bevölkerungsgruppe, die aus verschiedenen Gründen nicht Mitglied der SED werden wollte und sich somit dem Hauptstrom parteipolitischer Betätigung in der DDR entzog. Die Mitglieder bekannten sich zu einer Weltanschauung, die von der SED als »unwissenschaftlich« und nicht selten auch als reaktionär betrachtet wurde.

Inwieweit stellte die CDU eine Interessenvertretung für christliche Belange im atheistischen Staat dar? Welche Erfolge und Schwierigkeiten ergaben sich beim Bemühen, die kirchlich gebundenen Mitglieder in die sozialistische Gesellschaft zu integrieren? Wie äußerte sich die innere Spannung zwischen der SED-hörigen Führung und der Parteibasis, die dem offiziellen Kurs nicht nur in den frühen fünfziger Jahren mit deutlicher innerer Distanz gegenüberstand? Der Zugang zu den Akten des ehemaligen Parteiarchivs der Ost-CDU, die Verfügbarkeit der Einschätzungen der SED sowie die Möglichkeit der Befragung von Mitgliedern und Funktionären gewähren nun erstmals Einblicke hinter die Propagandafassade einer problemlosen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in der DDR.

¹ Als einzige monographische Darstellung für die Zeit nach 1952 liegt vor: Peter Joachim LAPP, Die »befreundeten Parteien« der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988. Vgl. weiterhin Gisela HELWIG, »Zur Rolle der CDU in der DDR«, in: Mut zur Einheit. Festschrift für Johann B. Gradl zum 80. Geburtstag am 25. März 1984, Köln 1984, S. 107-124, sowie Siegfried SUCKUT, »Die CDU in der DDR. Zu Funktion und Funktionswandel einer christlichen Partei im Sozialismus«, in: DDR-Report 15 (1982), S. 702-705. Veröffentlichungen seit der Wende u.a.: Günter WIRTH, »Die Beteiligung der CDU an der Umgestaltung der DDR in den fünfziger Jahren«, in: Kirchliche Zeitgeschichte (KZG) 3 (1990), S. 125 -151; Jochen FRANKE, »Zur Reaktion von CDU-Führung und CDU-Basis (Ost) auf den Mauerbau am 13. August 1961«, in: Deutschland Archiv (DA) 23 (1990), S. 1242-1251; Leo HAUPTS, »Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953«, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VfZ) 40 (1992), S. 383-412.

I. Handlungsrahmen und politische Funktion

Die zentrale Aufgabe der Ost-CDU bestand darin, christliche Bürger und selbständige Berufsgruppen (Handwerker, Einzelhändler, Unternehmer) an die Politik der SED heranzuführen, sie im Sinne des Staates ideologisch zu beeinflussen und zu einem zusätzlichen Engagement für die sozialistische Gesellschaft zu bewegen. Auf der Handlungsebene der Partei wurde die Aufgabe der »politisch-ideologischen Überzeugungsarbeit« gegenüber den eigenen Mitgliedern in den monatlichen Ortsgruppenversammlungen und Schulungsveranstaltungen des Politischen Studiums wahrgenommen. Als ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen war seit Jahresbeginn 1951 die Besprechung eines von der Parteileitung herausgegebenen Bildungsthemas vorgesehen, das sich mit der grundsätzlichen Orientierung der DDR-Politik und der Bedeutung des christlichen Beitrags beim Aufbau des Sozialismus befaßte.² Ziel der politischen Erziehung der Mitglieder war die Grundlegung eines DDR-Bewußtseins, das sich auch in einer spezifischen Leistungsbereitschaft für die sozialistischen Gesellschaft niederschlagen sollte. Die Programme zum Volkswirtschaftsplan, welche die Ortsgruppen seit 1963 zu erstellen hatten, enthielten Verpflichtungen zu besonderen Anstrengungen der einzelnen Mitglieder im Beruf, im gesellschaftlichen Einsatz oder in der Parteiarbeit. Auch wenn sich solche Verpflichtungserklärungen häufig nicht in meßbaren zusätzlichen Leistungen niederschlugen,³ so bewirkten sie doch einen gewissen Mobilisierungseffekt, der die Möglichkeit einer rein formalen Mitgliedschaft zumindest einschränken sollte.

Die politische Aufklärung der parteilosen Bevölkerung war Aufgabe der Nationalen Front. Es entsprach der Ideologie der »politisch-moralischen Einheit der Bevölkerung«, daß nur das gemeinsame Wirken aller Kräfte die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus bewältigen könne.⁴ Für die SED war die »Zusammenarbeit« nicht zuletzt ein Kontrollinstrument für die nach außen gerichteten Aktivitäten der Blockparteien. Die feste Einbindung in die sozialistische Volksfrontbewegung führte zu einer Einebnung des Profils der einzelnen Kräfte und stellte die reibungslose Übernahme der Beschlüsse der SED in den Gliederungen der Blockparteien sicher.⁵ Für die CDU-Ortsgruppen galt die Richtlinie, daß sich ihre Arbeit in der Nationalen Front

² Vgl. Arbeitsplan der CDU für das 1. Halbjahr 1951. Anlage zum Protokoll des Sekretariats vom 23.1.1951 (ACDP VII-010-1216).

³ Vgl. als Beispiel: Programm der Ortsgruppe Großvargula [KV Bad Langensalza] zum Volkswirtschaftsplan 1983 (ACDP II-261-005/3).

⁴ Vgl. Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, S. 7 (ACDP VII-013-1064).

⁵ Vgl. Monatsberichte der Bezirksverbände 1969 (ACDP VII-013-1504). Zur Arbeit der NF: *Nationale Front des demokratischen Deutschland, sozialistische Volksbewegung, Handbuch,* Berlin (Ost) 1969.

zu vollziehen habe und in die Stärkung dieses überparteilichen Bündnisses einmünden solle. Der Gradmesser ihrer Leistung sollte die Wirksamkeit in der Nationalen Front sein.⁶ Die Mobilisierung der CDU-Mitglieder für die Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Nationalen Front gestaltete sich jedoch als langwieriger Prozeß, bei dem vielerlei Vorbehalten, Passivität und Verweigerung begegnet werden mußte. Ende 1952 sollen 15,7 % der CDU-Mitglieder in der Nationalen Front mitgearbeitet haben,⁷ am Ende des Jahres 1962 wird der Anteil mit 55,7 % angegeben,⁸ die vor allem in den Hausgemeinschaften und in den Arbeitsgruppen »Christliche Kreise« aktiv waren. Diesen Gruppen war die Aufgabe gestellt, den Kontakt zu Pfarrern, kirchlichen Mitarbeitern und aktiven Gemeindemitgliedern zu pflegen. Die CDU-Verbände führten solche Gespräche auch in eigener Regie durch. Doch eine solche Außenwirkung wurde der Ost-CDU lediglich in Ergänzung zu den gleichgerichteten Aktivitäten der Nationalen Front zugestanden.

Das Haupttätigkeitsfeld, das die CDU in eigener Verantwortung gestalten konnte, war somit die politische Bewußtseinsbildung ihrer Mitglieder. Obwohl der Anspruch auf die ideologische Arbeit mit der parteilosen Bevölkerung stets erhoben wurde, beschäftigte sich die Ost-CDU im wesentlichen mit sich selbst. Weitere politische Funktionen, die Mitarbeit in den Volksvertretungen und im Staatsapparat oder das Erarbeiten politischer Stellungnahmen und Vorschläge, waren im Hinblick auf eine Einflußnahme auf die große politische Linie von geringer Bedeutung. Die CDU erstellte anläßlich zentraler Konferenzen der SED und der Massenorganisationen Stellungnahmen, die inhaltlich auf bestimmte Themen (Handwerk, Handel, Gesundheitswesen, Kultur, Landwirtschaft) begrenzt waren.⁹ Sie stützten im Grundsatz stets die Position der SED und sollten nach außen die Übereinstimmung aller politischen Kräfte in der DDR dokumentieren. Als die CDU nach der Einleitung des Neuen Kurses im Sommer 1953 einmal ohne Absprache eigenständige Sachvorschläge unterbreitete, wurde sie umgehend von der SED gezügelt und angewiesen, öffentlich gegen ihre eigene Initiative Stellung zu nehmen. 10 Die Vorschläge, die in den Arbeitsgruppen der CDU

⁶ Vgl. Arbeitsplan der Abteilung Politik für das Jahr 1962, Vorlage zur Sekretariatssitzung am 8.1.1962 (ACDP VII-011-1876).

⁷ Vgl. Die Haltung der Funktionäre und Mitglieder der CDU zu den Fragen des Kampfes um den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschland sowie zum Aufbau des Sozialismus, S. 2 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin, Zentrales Parteiarchiv – fortan StAPMO, ZPA – IV 2/15/3). Der SED-Vermerk gibt eine CDU-Angabe wider, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu hoch angesetzt ist.

⁸ Vgl. Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, Anlage 1 (ACDP VII-013-1064).

⁹ Vgl. Vorschläge der CDU zum VII. Parteitag der SED (ACDP VII-013-1539).

¹⁰ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Besprechung zwischen dem Stellvertreter des Generalsekretärs, Sefrin, und den Genossen Burkhardt und Lipfert am Donnerstag, den 27.8.1953 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

erstellt wurden, konnten jedoch sinnvoll sein als Anregung für die Lösung sachlicher Detailfragen, für Hinweise auf Versäumnisse und Verbesserungsmöglichkeiten. Soweit erkennbar, wurden sie von den entsprechenden Fachministerien auch nachgefragt. Ebenso vollzog die Arbeit der CDU-Minister sich überwiegend in enger Anbindung an die SED. Überliefert ist eine Beurteilung der SED über den CDU-Postminister Burmeister aus dem Jahre 1954. Lobend wird ihm attestiert, daß er bei allen seinen Entscheidungen die Hinweise und Empfehlungen der SED-Betriebsparteiorganisation berücksichtige und bei besonders wichtigen Fragen das Parteisekretariat persönlich aufsuche und den SED-Sekretär um Rat frage.

Die Anerkennung der führenden Rolle der SED beschränkte die Blockparteien auf die Aufgabe der Mitarbeit und Mitverantwortung bei der Verwirklichung der SED-Politik. Diese Rollenzuweisung bedeutete, daß der CDU in keinem Bereich – auch nicht gegenüber den Christen – eine führende Position zukam. Bekundungen eines solchen Selbstverständnisses, das in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre noch vertreten wurde, 14 betrachtete die SED als Anmaßung. 15 Der Satz, die CDU sei »die führende Kraft der friedliebenden Christen Deutschlands im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus«, wurde 1954 auf Anweisung der SED aus dem Entwurf der Satzung gestrichen. 16 Die CDU sollte nicht Vermittler zwischen Staat und Kirche sein, sondern gegenüber kirchlich gebundenen Menschen die Positionen des Staates vertreten und den »Differenzierungsprozeß« zwischen Kirchenleitungen und Gemeinden vorantreiben. Auch den Anschein eines Pluralismus, der Gleichberechtigung und Eigenständigkeit ließ die SED nicht zu. Sie achtete vielmehr mißtrauisch darauf, daß der gesellschaftliche Einfluß der CDU die gesetzten Grenzen nicht überstieg. Regelmäßig registrierte sie die soziale Zusammensetzung der Neuaufnahmen und schritt ein, wenn der Anteil der Arbeiter und Bauern zu groß wurde. 17 An einem überdurchschnittlichen Erfolg des Bündnispartners bestand nur

¹¹ Verbesserungvorschläge der CDU betreffen u.a. Maßnahmen zur Verhütung von Kartoffelkrankheiten, Möglichkeiten zur Intensivierung des Getreideanbaus oder die Verbesserung der Qualifikation der Mathematiklehrer (Vorschläge zum VII. Parteitag der SED, ACDP VII-013-1539).

¹² Vgl. Korrespondenz der Abt. Wirtschaft der Hauptgeschäftsstelle mit dem Ministerium für Handel und Versorgung 1959-1965 (ACDP VII-013-243).

¹³ Vgl. Beurteilung über Minister Friedrich Burmeister, 19.8.1954 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/28).

¹⁴ Vgl. Nuschke, Rede 6. Parteitag, Protokoll, S. 55.

¹⁵ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei, S. 3 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

¹⁶ Vgl. Entwurf der Satzung der CDU (1954) (StAPMO, ZPA, IV 2/15/28).

¹⁷ Vgl. Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1966, dat. 27.4.1967 (StAPMO. ZPA, IV A2/15/49).

wenig Interesse. Als die Mitgliederzahl der Blockpartei nach vielen Jahren einer rückläufigen Tendenz einen deutlichen Sprung machte, griff die SED mehrfach ein, um der nach ihrer Ansicht übertriebenen Werbung Einhalt zu gebieten. ¹⁸ Die CDU wurde angewiesen, sich mehr um die ideologische Festigung als um das quantitative Wachstum der Mitgliedschaft zu kümmern.

II. Ideologische Anpassung an die SED

1. Die Meißener Thesen des »Christlichen Realismus«

Die Übernahme von Funktionen in einem von der SED beherrschten Staat setzte die Anerkennung des marxistischen Sozialismus sowie die Bereitschaft zur vollständigen Unterordnung unter die Staatspartei voraus. Mit den Meißener Thesen des »Christlichen Realismus« vollzog die CDU im Oktober 1951 endgültig ihre Abkehr vom »Sozialismus aus christlicher Verantwortung«, der begrifflich an Jakob Kaiser anknüpfte und im Verständnis vieler Mitglieder als Gegenkonzeption zum atheistischen Marxismus aufgefaßt worden war.

Das neue ideologische Konzept stellte den Versuch dar, die Entscheidung für den Sozialismus aus dem Evangelium und der Kirchengeschichte abzuleiten und somit die eigenen Quellen und Traditionen für eine aktuelle Handlungsanleitung heranzuziehen. Es handelte sich um eine Positionsbestimmung, die den Sinn christlichen Lebens auf den aktiven Einsatz für eine »fortschrittliche« Entwicklung der Gesellschaft konzentrierte. In der Nachfolge Jesu, der selbst als Kritiker ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse aufgetreten sei, müsse sich der Christ für die Wahrung von Nächstenliebe und Frieden aktiv einsetzen. Für die Entscheidungen der Gegenwart bedeute dies ein Eintreten für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne »imperialistischen Machtanspruch« nach dem Vorbild der Sowjetunion. Der Sowjetunion.

Die Bilanz fortschrittlichen christlichen Handelns in der Geschichte, wie sie die Meißener Thesen formulierten, war jedoch nicht Anlaß für ein selbstbewußtes Auftreten der Ost-CDU bei der Gestaltung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Vielmehr enthielten die Thesen und ihre offizielle Kommentierung durch die Parteiführung bereits die Begründung

¹⁸ Vgl. Einschätzung der Mitgliederbewegung der CDU im Jahre 1971, 13. März 1972 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49).

¹⁹ Vgl. Christlicher Realismus. Hauptreferate und Thesen der Arbeitstagung der CDU in Meißen vom 19. bis 21. Oktober 1951, Berlin (Ost) 1951, S. 81-92.

²⁰ Vgl. Christlicher Realismus (wie Anm. 19) S. 90, These 19.

für die Unterordnung der CDU unter die führende Rolle der SED. Im Hinblick auf die Gestaltung des Sozialismus müsse die Überlegenheit der ökonomischen Analyse von Karl Marx auch von den Christen anerkannt werden. Die Ansätze der christlichen Sozialreformer seien zu begrenzt, der Marxismus-Leninismus habe den einzigen Weg zur Beseitigung der Schäden der kapitalistischen Ordnung gewiesen.²¹

Ein weiterer Grund für die Anerkennung der marxistischen Führungsrolle bestand nach Aufassung der CDU im historischen Versagen der Christen vor der sozialen Frage. Die seit dem Mittelalter im Christentum wirkungsmächtige fortschrittsfeindliche Tradition habe zu einem Mißbrauch christlicher Werte als Rechtfertigung für Unterdrückung und Krieg geführt und die politische Reaktion auch gegen die soziale Not der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert unterstützt. Folglich sei das Gewicht, das die Christen in den Prozeß der Erneuerung der Gesellschaft einbringen könnten. von einem Lernprozeß und der erfolgreichen Bewältigung der Reste einer »scheinchristlichen Restaurationsideologie«²² abhängig.²³ Der Hinweis auf das »Versagen« von Christentum und Kirche vor der sozialen Frage diente der Parteileitung im übrigen auch als Argument für die Versöhnung mit der Marx'schen Religionskritik. Diese sei nicht einseitig weltanschaulich gewesen, sondern habe sich an der Erfahrung des Mißbrauchs des Christentums für reaktionäre Politik entzündet.²⁴ Die Religion werde im sozialistischen Staat ihre Bedeutung behalten, sofern sie sich für die fortschrittliche Entwicklung einsetze.

Auf dem Weg der Anerkennung wichtiger Grundsätze des Marxismus-Leninismus markierten die Meißener Thesen in der Fassung des Jahres 1951 ein Zwischenstadium. Die Parteiführung hatte bereits im Winter 1950 in einem internen Papier dafür ausgesprochen, daß alle Mitglieder sich umfassend mit der marxistischen Gesellschaftswissenschaft auseinandersetzen sollten. ²⁵ Zu diesem Zeitpunkt wurden die weltanschaulichen Differenzen und der unterschiedliche Ausgangspunkt für das politische Handeln jedoch noch deutlich hervorgehoben. ²⁶ Bis zur Mitte der fünfziger Jahren übernahm die

²¹ Vgl. Gerald GÖTTING, »Grundlegung des Christlichen Realismus«, in: *Christlicher Realismus* (wie Anm. 19), S. 34-36.

²² Gerald GÖTTING, »Die Bedeutung der Meißener Thesen«, in: Wir diskutieren die Meißener Thesen, Berlin 1952, S. 8.

²³ Vgl. These 19: »Das Gewicht, das die Christen bei der Gestaltung dieser Probleme in die Waagschale zu werfen haben, wird davon abhängen, ob sie die Fehler der Vergangenheit erkennen, aus ihnen lernen und entschlossen daraus die Folgerungen ziehen«.

²⁴ Vgl. Günter WIRTH, »Über christliche Verantwortung und gesellschaftliche Erkenntnis«, in: *Neue Zeit* (NZ) v. 26.3.1953, S. 3.

²⁵ Vgl. Stellungnahme des Politischen Ausschusses zum Studium des Marxismus-Leninismus (Entwurf), 13.12.1950 (StAPMO, ZPA, NL 90/509).

²⁶ Vgl. Gerhard DESCZYK, »Christlicher Realismus«, in: Union teilt mit (Utm), August

CDU dann schrittweise weitere Teile des Marxismus-Leninismus als gültige Anleitung für das politische Handeln. Die Staats- und Gesellschaftstheorie, die Politische Ökonomie und der historische Materialismus entwickelten sich zu den zentralen Lehrgebieten in der Parteischulung, die bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre hinein vor allem auf die Betonung der Gemeinsamkeiten von christlicher und marxistischer Politik ausgerichtet war.²⁷ Im Zusammenhang mit der Feier des Karl-Marx-Jahres 1953 nahm die Hochschätzung der marxistischen Theorie schließlich hymnische Formen an: »Wir danken es Karl Marx« – so heißt es in einem Artikel in der Neuen Zeit im März 1953 -, »daß er den Weg entdeckt hat, die gesellschaftliche Grundlage aller antihumanistischen Erscheinungen zu beseitigen. Damit kommt auch die christliche Nächstenliebe erst vollkommen zu ihrem Ziel. Die Schaffung von Verhältnissen, die ein wahrhaft menschliches Dasein ermöglichen und sichern, das ist das gemeinsame Anliegen, das die Marxisten wie auch alle gläubigen Christen vereint.«²⁸

Seit den späten fünfziger Jahren unterschied sich die offizielle Parteiideologie der Ost-CDU von der SED nur noch durch eine andere weltanschauliche Begründung für das politische Handeln. Auswirkungen auf politische Entscheidungen hatte dies jedoch nicht. Die unbedingte Anerkennung der Führungsrolle der SED durch Mitglieder der CDU-Parteileitung ging so weit, daß dort eine freiwillige Selbstbeschränkung einsetzte, wo der örtliche Einfluß der Ost-CDU zu groß zu werden drohte. Als es im Verlauf der Kollektivierung der Landwirtschaft Ende der fünfziger Jahre in einigen Orten zu einer verstärkten Hinwendung der Bauern zur CDU kam, sorgte sich die Berliner Zentrale um die Machtsymmetrie. Es könne nicht geduldet werden, daß sich die Ortsgruppen der CDU »in vollgenossenschaftlichen Dörfern zu illegalen LPG-Vorständen oder Betriebsgruppen entwickeln«²⁹. Die Nationale Front sei noch mehr als Plattform der CDU-Arbeit auf dem Land zu nutzen.

Die Politik der gleichgeschalteten Parteiführung bestand weder in der Setzung von inhaltlichen Kontrapunkten noch im Ringen um Erleichterungen im Interesse der Christen in der DDR. Die Transmissionsaufgabe der CDU war vielmehr darauf ausgerichtet, in einer rein äußerlichen Differenzierung

^{1950,} S. 15; vgl. die Rede von Otto Nuschke zur Eröffnung der Zentralen Parteischule Halle, Utm 7/1951, S. 9.

²⁷ Vgl. Günter Kühn, BPS Halle, Analyse der Erfahrungen über die Vorlesungen im 2. Lehrgang 1954 (ACDP VII-014-066).

²⁸ Herbert TREBS, »Was verbindet uns Christen mit dem Anliegen von Karl Marx?«, NZ v. 14.3.1953, S. 3.

²⁹ Protokoll der Dozentenkonferenz in Burgscheidungen am 13.4.1960 (ACDP VII-012-618).

die – wie es Götting formulierte – »allgemeine Argumentation durch betont christliche Argumente zu erweitern«³⁰.

Ein Dilemma der Ost-CDU bestand jedoch darin, daß sie sich zum Erweis ihrer Existenzberechtigung in Sprache und Selbstdarstellung von der SED unterscheiden mußte, auf der anderen Seite aber auch nicht den Anschein einer substantiellen Abweichung erwecken durfte. Wiederholt wurde es für die Parteiführung zum Problem, wenn christliche Begründungszusammenhänge von Mitgliedern entgegen den Intentention zur Abgrenzung von Thesen des Marxismus-Leninismus verwandt wurden. Dies war beim Christlichen Realismus in so deutlicher Weise gegeben, daß er bereits im Sommer 1954 auf Anweisung der SED wieder zurückgezogen wurden.³¹ Gegen die unerwünschte Interpretation christlicher Argumente behalf sich die Parteiführung seit der Mitte der fünfziger Jahre durch eine deutliche Verringerung der christlichen Thematik,³² die in der Propagandaarbeit der Partei erst zu Beginn der 70er Jahre eine Renaissance erlebte.³³

2. Anleitung durch die SED

Seit der Absetzung Jakob Kaisers im Dezember 1947 hatte die SED durch zahlreiche Eingriffe in die Führungsgremien der CDU dafür gesorgt, daß in der zentralen Leitung und den Bezirksvorständen »fortschrittliche« Funktionäre eingesetzt wurden. Zur Absicherung der Gefolgschaft schien dies der SED dennoch nicht ausreichend. Seit der Jahresmitte 1952 baute sie ein umfangreiches Kontrollsystem auf, das ihr nicht nur eine gründliche Kenntnis über vorhandene Stimmungen in den Blockparteien vermitteln sollte, sondern auch eine entscheidende Einflußnahme auf deren Aktivitäten erlaubte. Der »Sektor Befreundete Organisationen« innerhalb der ZK-Abteilung »Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen« erstellte Berichte über die Lage in den Blockparteien und leitete diese Beurteilungen an den zuständigen Sekretär des Zentralkomitees weiter. Quellen für die SED-Informationen waren die Berichte der eigenen Bezirks- und Kreisleitungen,³⁴ wo spezielle Arbeitsgruppen mit der Beobachtung der Blockparteien befaßt waren. Sie nahmen die Anleitung auf diesen Ebenen wahr,

³⁰ Protokoll des Sekretariats vom 19.6.1961 (ACDP VII-011-572).

³¹ Vgl. Sektor Befreundete Parteien, Bericht über den 7. Parteitag der CDU (StAPMO, ZPA, IV 2/15/29).

³² Vgl. Lehrpläne der Zentralen Schulungsstätte Burgscheidungen 1956 (ACDP VII-012-601) und Dispositionen für die Vorlesungen 1963 (ACDP VII-012-1551).

³³ Vgl. die gedruckten Protokolle der Tagungen des Präsidiums »Bürgerpflicht und Christenpflicht«.

³⁴ Vgl. die Instrukteurberichte 1952-1959 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/4).

besuchten die Jahreshauptversammlungen und Delegiertenkonferenzen und hielten Kontakt zu den Funktionären der Blockparteien.³⁵

Darüber hinaus erhielt die SED durch die Protokolle der parteileitenden Gremien der CDU (Hauptvorstand, Präsidium, Sekretariat), durch Monatsstatistiken, Informations- und Brigadeberichte nahezu lückenlose Kenntnis von allen innerparteilichen Vorgängen. Die Effektivität der Anleitung und die Vermeidung unerwünschter Äußerungen sollte weiterhin dadurch gesichert werden, daß die Blockparteien nicht erst nachträglich ihre Protokolle einreichten, sondern bei wichtigen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, bei Parteitagen oder Hauptvorstandssitzungen, bereits Wochen vor dem Ereignis Konzeptionen über Ablauf, Referatthemen, Diskussionsbeiträge und Entschließungsdokumente bei der SED ablieferten. Der SED war es somit möglich, ihre Vorstellungen über die Schwerpunkte von Referaten bis zur Veränderung einzelner Formulierungen durchsetzen.³⁶ Allerdings wird bei einer Durchsicht des SED-Quellenbestandes »Befreundete Parteien« ebenfalls deutlich, daß der ZK-Sektor mit der vielfach oberflächlichen Wahrnehmung der Anleitung durch die nachgeordneten SED-Parteigliederungen langfristig unzufrieden war.³⁷

Von großer Bedeutung für die organisatorische, inhaltliche und personelle Anleitung der CDU waren weiterhin die Gespräche des Sektors »Befreundete Parteien« mit Götting und weiteren Sekretären des Hauptvorstandes. Beispiele für Anweisungen der SED sind die »Empfehlungen« im Frühjahr 1953, von der Bildung neuer Betriebsgruppen abzusehen, eine eindeutige Stellungnahme zur Jungen Gemeinde in der Neuen Zeit zu veröffentlichen oder politisch unzuverlässige Funktionäre abzuberufen. ³⁸ Götting lieferte in diesen Gesprächen Informationen über personelle Interna der Parteileitung und nutzte den direkten Kontakt, um Anliegen der CDU vorzutragen.

Die Einflußnahme der SED beschränkte sich nicht auf Hinweise zur Abberufung von Funktionären, die ihr unzuverlässig schienen. Ebenso griff sie in die Neubesetzung von Stellen des hauptamtlichen Parteiapparates ein. Da das Zentralkomitee genaue Kenntnis über die hauptamtlichen Funktionäre

³⁵ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei, S. 8 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

³⁶ Vgl. zum 7. Parteitag (1954) StAPMO, ZPA, IV 2/15/28 und IV 2/15/29.

³⁷ Vgl. als Beispiele: Abt. Leitende Organe, Bericht von der Arbeitstagung der Bezirksleitung Potsdam mit den verantwortlichen Instrukteuren für Befreundete Organisationen der Kreisleitungen am Mittwoch, dem 23.2.1955, S. 1 (STAPMO, ZPA, IV 2/15/5); ZKSektor Befreundete Organisationen, Bericht über den Einsatz in Halle vom 10. bis 13.8.1960, S. 1 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/5).

³⁸ Vgl. Aktennotiz über die durchgeführte Besprechung vom 9.2.1953 zwischen Genossen Elstner, Gen. Fischer sowie dem Generalsekretär der CDU Götting und seinem persönlichen Referenten Fischer (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

der Blockparteien verlangte, konnte der Generalsekretär in den Besprechungen mit dem Sektor »Befreundete Organisationen« lediglich Vorschläge unterbreiten. Für einen Fall der Neubesetzung eines Bezirksvorsitzes ist sogar bekannt, daß sich Götting im Gespräch mit der SED erkundigte, welcher Termin der SED für den Personalwechsel geeignet erscheine.³⁹ Die SED überprüfte die vorgeschlagenen Kandidaten, indem sie Informationen und Charakteristiken von ihren Kreis- und Bezirksleitungen einholte. 40 Auch für die vergleichsweise unbedeutenden ehrenamtlichen Mitglieder der Bezirksvorstände bestand eine mehrfache Kontrolle. Sie zeigt, wie der Demokratische Zentralismus in den Blockparteien funktionierte. Bevor ein Bezirksverband die Vorschläge für die Neubesetzung des Vorstandes zur Kontrolle durch die eigene Parteiführung nach Berlin schickte, war die Liste bereits durch die Bezirksleitung der SED überprüft worden.⁴¹ Die enge Form der Anleitung und Kontrolle führte dazu, daß die offiziellen Erklärungen der CDU sowie die Parteitage, die Bezirks- und Kreisdelegiertenkonferenzen überwiegend den Erwartungen der SED entsprachen. Über jeden einzelnen Delegierten des Parteitages ließ die SED im Vorfeld eine umfangreiche Charakteristik erstellen.⁴² Referate und Diskussionsbeiträge wurden mehrfach geprüft.

Während die Anleitung auf der zentralen, der Bezirks- und der Kreisebene in umfassender Form gewährleistet war, wies sie für die Ortsgruppen zum Teil erhebliche Lücken auf. Der Kontakt zur Nationalen Front funktionierte auf der Ortsgruppenebene nur unzureichend, die Beobachtung der CDU-Veranstaltungen erfolgte nur sporadisch.⁴³ Dies hatte zur Folge, daß im vertrauten Kreis der Ortsgruppen, die in ländlichen Gebieten häufig nicht mehr als ein Dutzend Mitglieder hatten, nicht nur offener gesprochen werden konnte, sondern daß sich aus der mangelhaften Anbindung vieler Ortsgruppen an die eigene Parteileitung auch Hinweise auf eine deutliche Kluft zwischen Führung und Basis ergeben.

³⁹ Vgl. Aktennotiz über eine Besprechung zwischen dem Generalsekretär der CDU, Götting, seinem Stellvertreter Sefrin und den Genossen Marlow und Burkhardt am 4.3.1954 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

⁴⁰ Vgl. Brief der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder an den Sektor Befreundete Parteien v. 6.8.1968 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/52).

⁴¹ Vgl. Bericht über den durchgeführten Instrukteureinsatz im Bezirk Schwerin vom 17. – 20.5.1954, S. 7 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/5).

⁴² Vgl. für den 8. Parteitag: StAPMO, ZPA, IV 2/15/30/31.

⁴³ Vgl. Monatsberichte der Bezirke 1969 (ACDP VII-013-1504).

III. Interessenvertretung

1. Vertretung christlicher Belange

Eine Interessenvertretung christlicher Belange strebte die CDU-Führung seit den frühen fünfziger Jahre nicht mehr ernsthaft an. Dies gilt auch für Otto Nuschke, der zwar noch eine gewisse Unabhängigkeit in der Beurteilung kirchen- und auch deutschlandpolitischer Fragen bewies,⁴⁴ sich jedoch zu eindeutigen Stellungnahmen nicht mehr in der Lage sah. Unter der Leitung von August Bach und Gerald Götting nahm die CDU schließlich in allen Konflikten zwischen Staat und Kirche konsequent für die Position der SED Partei

Nachdem sich die CDU-Parteileitung im Frühjahr 1953 nach entsprechender Aufforderung durch die SED entschieden gegen die »staatsfeindlichen Tätigkeit« der Jungen Gemeinde ausgesprochen hatte, 45 zeigte sie auch in der Auseinandersetzung um die Jugendweihe 1954/55 eine nachgiebige Haltung. Sie stellte sich damit erneut gegen weite Teile ihrer Mitgliedschaft, die der Jugendweihe nicht nur ablehnend gegenüberstanden, 46 sondern als Eltern oder Lehrer auch erheblichem Druck ausgesetzt waren.⁴⁷ In einem vertraulichen Schreiben an die SED gab die Parteiführung zu verstehen, daß sie als Partei weder zur Jugendweihe aufrufen noch sich an den Ausschüssen für Jugendweihe beteiligen könne. 48 Ihre Bedenken entzündeten sich jedoch nicht an der Bedrängung christlicher Bürger, sondern an der Gefahr des eigenen Ansehensverlusts und der dadurch verminderten Einflußnahme auf die ihr zugewiesenen Bevölkerungsgruppen. Die Parteiführung sagte zu, ihren Einfluß geltend zu machen, daß von seiten der Kirche oder aus anderen Reihen der christlichen Bevölkerung nicht gegen die Jugendweihe propagiert werde. Sie stellte allen Mitgliedern die Beteiligung an den Ausschüssen für Jugendweihe frei, rief zur Toleranz gegenüber jenen auf, die von diesem Angebot Gebrauch machten und wies die Bezirksverbände an, »kulturkämpferischen Tendenzen« in den Stellungnahmen der Kirchenleitungen gegen die Jugendweihe entgegenzutreten. 49 Die Jugendweihe ist allerdings auch ein

⁴⁴ Vgl. Vermerk des Sektors an Matern, 19.2.57 (StAPMO, ZPA IV 2/15/2); vgl. Nuschke, Rede 8. Parteitag, Protokoll, S. 73-74.

⁴⁵ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Aktenvermerk über die am 23.2.1953 stattgefundene Besprechung zwischen dem Generalsekretär der CDU, Herrn Götting, sowie mit seinem persönlichen Referenten Herrn Fischer und den Genossen Elstner und Lipfert (StAPMO, ZPA, IV 2/15/6).

⁴⁶ Vgl. Bericht über Diskussionen in unserer Mitgliedschaft und der weiteren christlichen Bevölkerung zur Jugendweihe, 13. Oktober 1955 (ACDP VII-013-209).

⁴⁷ Vgl. Korrespondenz der Abt. Kirchenfragen 1954/55 (ACDP VII-013-209).

⁴⁸ Vgl. undatiertes Schreiben an die SED, »Betr.: Jugendweihe« (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

⁴⁹ Vgl. Direktive für die Bezirksverbände [Sept. 1955] (ACDP VII-013-209).

Beispiel dafür, daß sich Mitglieder der Parteiführung intern um Korrekturen bemühten. In Gesprächen mit dem SED-Sekretär Paul Wandel versuchten sie, den atheistischen Charakter abzumildern und die Verschiebung des Zeitpunkts der Jugendweihe sowie die Einbeziehung von Pfarrern in die Jugendstunden zu erreichen.⁵⁰

Wie weit die geistige Anpassungsbereitschaft an Positionen der SED und die Suche nach verbaler Rechtfertigung zur Mitte der fünfziger Jahre bereits fortgeschritten war, macht eine Diskussion im Erweiterten Sekretariat der CDU im November 1955 deutlich. Die Äußerung von Walter Ulbricht vor dem ZK der SED, daß die religiöse Weltanschauung den Fortschritt behindere, 51 hatte unter CDU-Mitgliedern zu Unruhe und Empörung geführt. Die Besprechung dieses Vorfalls im erweiterten Sekretariat der CDU offenbart eine sehr weitgehende Toleranz gegenüber der atheistischen Propaganda der SED und zeigt, wie weit sich die Kluft zwischen der Parteiführung und der Basis bereits entwickelt hatte.⁵² Götting erklärte die atheistische Propaganda zur einer »innerparteilichen Angelegenheit der SED«53 und stellte fest, daß fortschrittliches Christentum im Sozialismus durchaus möglich sei. Mehrere Bezirksvorsitzende bekundeten ihr Verständnis. Die in der Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit beziehe sich auch auf Atheisten. Für die Christen könne es keine Privilegien geben: »Wenn in einem Staat wahre Glaubens- und Gewissensfreiheit herrscht, muß selbstverständlich auch den Marxisten die Möglichkeit einer atheistischen Propaganda gegeben werden«54. Die Diskussionen innerhalb der Mitgliedschaft seien völlig unverständlich: die Aufklärungsarbeit sei zu verbessern.

Auch in anderen Fragen, die die Grundlagen christlichen Selbstverständnisses berührten, zeigte die CDU-Führung wenig Verständnis für die besonderen Belange ihrer Mitglieder. Nach Verabschiedung des Wehrpflichtgesetzes im Januar 1962 wurde die Verbesserung der Wehrmoral auch der christlichen Bevölkerung zu einem vordringlichen Thema der Propagandaarbeit der CDU erklärt. In der Schulung sollte daher die These vertreten werden, daß eine Gewissensnot in der Frage des Wehrdienstes objektiv nicht bestehe und daher die Regelungen des Staates nur den objektiven Gesetzmäßigkeiten

⁵⁰ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei bis jetzt [1958] (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3). Vgl. auch Brief von Götting an das Politbüro der SED v. 25.10.1956 (Abschrift) (ACDP VII-013-202).

⁵¹ Vgl. Referat Ulbrichts auf der 25. Tagung des ZK der SED im Oktober 1955, *Neues Deutschland* (ND) v. 1. November 1955.

⁵² Vgl. Anlage zum Protokoll der Sitzung des erweiterten Sekretariats vom 9. und 10.11.1955 zur Aussprache über die politische Lage (ACDP VII-011-1838).

⁵³ EBENDA.

⁵⁴ EBENDA.

Rechnung tragen könnten.⁵⁵ Die Reihe solcher Beispiele ließe sich fortsetzen, etwa für die Frage der Spaltung der EKD gegen Ende der sechziger Jahre oder für die Einführung des obligatorischen Wehrkundeunterrichts im Jahr 1978.⁵⁶

Die zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre eindeutige Unterstützung staatlicher Positionen gegen die Interessen der Kirche läßt die distanzierte Haltung von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern als eine natürliche Folge erscheinen. Das Bemühen der CDU, Theologen und Pfarrer anzusprechen, sie zu parteilichen Stellungnahmen in den Gemeinden zu bewegen und sie nach Möglichkeit auch für eine Mitarbeit in der Partei zu gewinnen, erreichte im großen und ganzen keine Erfolge. Während es in der Frühphase der CDU ein großes Engagement von Pfarrern gegeben hatte, ⁵⁷ gelang es später nicht mehr, in dieser Gruppe der für die CDU wichtigen Multiplikatoren Fuß zu fassen. Statistiken nennen für das Jahr 1965 222 Pfarrer in den Reihen der CDU, ⁵⁸ 1970 waren es noch 207. ⁵⁹ Die Neuzugänge konnten somit kaum die Abgänge ausgleichen.

2. Vertretung des Mittelstands

Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich für die Interessenvertretung der zweiten Zielgruppe der CDU, der selbständigen Handwerker, Gewerbetreibenden und privaten Unternehmer. Seit der III. Parteikonferenz der SED im Jahre 1956 wurde den Blockparteien verstärkt die Aufgabe zugewiesen, in den »Mittelschichten« für die Organisationsformen der sozialistischen Wirtschaft zu werben. Selbständige Unternehmer sollten sich um staatlichen Kapitalbeteiligung bemühen, private Einzelhändler Kommissionsverträge mit der volkseigenen Handelsorganisation abschließen und Handwerker in Produktionsgenossenschaften eintreten. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die CDU die marxistische Wirtschaftstheorie bereits vollständig zu eigen gemacht. In der Schulungsarbeit wurde den Funktionären und Mitgliedern die Auffassung vermittelt, daß »das Verlangen der Arbeiterklasse nach Sozialisierung aller Produktionsmittel berechtigt«⁶⁰ sei. Die Parteiführung der Ost-CDU erwies

⁵⁵ Vgl. Protokoll der Dozentenkonferenz in Burgscheidungen v. 31.1.1962 (ACDP VII-012-609).

⁵⁶ Vgl. HELWIG (wie Anm. 1).

⁵⁷ Vgl. Siegfried SUCKUT, »Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU(D)«, in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen. Parteien. gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1949, hg. von Martin BROSZAT und Hermann WEBER, München 1990, S. 517.

⁵⁸ Vgl. Abt. Parteiorgane, Betr.: Bericht über unsere Arbeit im Jahre 1965, S. 36, Vorlage für Sekretariat am 14.3.1966 (ACDP VII011-104).

⁵⁹ Vgl. Analyse zum statistischen Bericht 1970, S. 4 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49).

⁶⁰ Vgl. Prüfungsthemen im Mittelstufenlehrgang 1/1956 (ACDP IV-014-081).

sich nicht als eine Kraft, die im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten die Vergesellschaftung zu hemmen suchte, sondern sie schien beim Vorantreiben der Sozialisierung sogar eine aktive Rolle übernommen zu haben. Auf dem 9. CDU-Parteitag (1958) trug Götting weitere Vorschläge zur Ausdehnung der staatlichen Beteiligung und der Genossenschaftsbildung vor. Auch beim letzten Schub der Sozialisierung der halbstaatlichen Betriebe im Jahr 1972 sollen Anregungen und Anstöße von der CDU ausgegangen sein. Der Kurs der Parteiführung in der »Mittelstandspolitik« traf jedoch nur auf geringe Resonanz unter den Mitgliedern. So heißt es im Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, daß es bei Handwerkern und Angehörigen der privaten und halbstaatlichen Betriebe verbreitet noch »Zweifel an ihrer Perspektive im Sozialismus« gebe.

Als in den frühen fünfziger Jahren deutlich wurde, daß die CDU eine Interessenvertretung weder wahrnehmen konnte noch wollte, wandten sich viele Mitglieder ab. Die Gesamtzahl der Mitglieder, die Anfang 1950 noch deutlich über 200.000 gelegen hatte, erreichte im Januar 1955 noch 125.000.64 In den 60er Jahren stabilisierte sie sich aufgrund intensiver Mitgliederwerbung bei 100.000,65 um schließlich bis zum Ende der 80er Jahre in kleinen Schritten wieder anzusteigen. Bei den Begründungen für die Parteiaustritte fällt auf, daß die CDU in den fünfziger und sechziger Jahren nach beiden Seiten verlor. Nach den statistischen Angaben verließ der kleinere Teil die Partei aus Unzufriedenheit mit der Politik der Ost-CDU, während angeblich die überwiegende Zahl aus weltanschaulichen Motive verließ, weil sich diese »Unionsfreunde« für die marxistisch-leninistische Weltanschauung entschieden hätten.66 Derartige statistische Angaben, die von der CDU an die SED weitergeleitet wurden, müssen mit großer Vorsicht beurteilt werden, da sie offensichtlich wiederholt von der Absicht bestimmt waren, Bedenken der SED in bezug auf Meinungen und Ansichten an der CDU-Basis zu zerstreuen.

IV. Stimmung an der Parteibasis

Öffentliche Unmutsäußerungen von CDU-Mitgliedern waren seit den frühen fünfziger Jahren nicht mehr zu erwarten. Seit Ende 1952 wurde das

⁶¹ Vgl. Rolf BÖRNER, Die Bestrebungen der CDU zur Einbeziehung der Mittelschichten in den sozialistischen Aufbau (1956-1958). Berlin (Ost) 1967, S. 36-37.

⁶² Vgl. Monika KAISER, 1972 – Knock Out für den Mittelstand. Zum Wirken von SED. CDU. LDPD und NDPD für die Verstaatlichung der Klein- und Mittelbetriebe. Berlin 1990, S. 11-12.

⁶³ Jahresbericht der Abteilung Politik, S. 6 (ACDP VII-013-1064).

⁶⁴ Vgl. Planbericht für Januar 1955 (ACDP VII-013-1800).

⁶⁵ Jahresbericht 1962 der Abteilung Politik, Anlage 11, (ACDP VII-013-1064).

⁶⁶ Vgl. Abteilung Parteiorgane, Betr.: Bericht unserer Arbeit im Jahre 1965, S. 36 a. Vorlage für das Sekretariat am 14.3.1966, VII-011-104).

in Kaderparteien übliche Instrumentarium der inneren Kontrolle auch in der CDU angewandt. Instrukteure und Stoßbbrigaden der Parteileitung, Untersuchungsausschüsse auf Kreis-, Bezirks- und zentraler Ebene, deren Ergebnisse auch der SED vorgelegt wurden, sowie Kontrollen im Zuge von Umtauschaktionen aller Mitgliedsbücher schufen ein Klima der Einschüchterung.⁶⁷ Die überraschende Verhaftung von Außenminister Dertinger, der an maßgeblicher Stelle den prokommunistischen Kurs der CDU mitbestimmt hatte, war ein deutliches Zeichen, daß sich niemand sicher wähnen konnte.

Obwohl die regelmäßige Berichterstattung über Meinungen und Stimmungen an der Parteibasis zu den festen Pflichten der Parteisekretariate gehörte, sind die dort referierten Zustandsbeschreibungen kaum zuverlässig. Die in der Parteileitung angefertigten zusammenfassenden Berichte erscheinen wirklichkeitsfern und lesen sich z.T. wie eine Aneinanderreihung propagandistischer Losungen: »Die Mitgliederversammlungen, die mit dem Thema 'Frieden für alle Menschen guten Willens' durchgeführt wurden ..., waren vor allem gekennzeichnet von erneuten Protesten unserer Mitglieder gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und von dem Bestreben, auch künftig alle Kraft zur weiteren allseitigen Stärkung unserer Republik einzusetzen, in der Gewißheit, damit den wirksamsten Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten«⁶⁸. Es bedarf jedoch noch sorgfältiger Analysen, inwieweit bereits die Berichte der Kreis- und Bezirkssekretariate der Parteileitung ein weitgehend unrealistisches Bild über die Lage in ihren Verbänden vermittelten.

Die Verschleierung der wirklichen Lage, die auch aus dem Bestreben entstand, sich in Konkurrenz gegenüber den anderen Blockparteien keine Blöße zu geben, traf gelegentlich auch bei der SED auf Kritik.⁶⁹ Größere Aussagekraft und Realitätsbezug haben indes die monatlichen Berichte der Kreis- und Bezirksverbände und insbesondere die persönlichen Berichte der Bezirksvorsitzenden an Götting, die nicht an die SED weitergeleitet wurden. Kennzeichnend ist jedoch auch hier, daß sie überwiegend aus dem Blickwinkel der SED-Positionen geschrieben sind. »Falsche« Auffassungen und »feindliche« Argumente werden referiert, damit man ihnen in der ideologischen Arbeit besser begegnen konnte.

Angesichts dieser auf Erfolgsmeldungen orientierten Berichterstattung kommt den Lageeinschätzungen der SED besondere Bedeutung zu. Der ZK-Sektor beurteilte zumindest bis zum Anfang der sechziger Jahre die

⁶⁷ Vgl. Jochen FRANKE, »Der Fall Dertinger und seine innerparteilichen Auswirkungen. Eine Dokumentation«, in: DA 25 (1992), S. 286-298.

⁶⁸ Sekretariat des Hauptvorstandes (SHV), Abt. Parteiorgane, Bericht Nr. 32/66 (Meinungsbildung) (ACDP VII-013-647).

⁶⁹ Vgl. Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei im Jahre 1954 bis jetzt [1958], S. 3 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

politische Zuverlässigkeit der überwiegenden Mehrheit der CDU-Mitglieder als eindeutig negativ. Der Einfluß »reaktionärer Kreise« sei groß, die tatsächliche Einstellung überwiegend passiv. Die Zustimmung zur Politik der DDR beschränke sich auf formale Bekenntnisse, während die Diskussionen in den Parteigliederungen meist negativen Charakter trügen.⁷⁰ Nach Einschätzung der SED erhielt die CDU vor allem in jenen Ortsgruppen größeren Zulauf, in denen sich Funktionäre offen gegen die Politik der SED gestellt hätten.⁷¹ In der Phase nach Einführung des neuen Kurses, in der es auch bei der CDU-Führung zu Schwankungen gekommen war, habe der Unmut an der CDU-Basis besonders heftige Wogen geschlagen.⁷² Nach wie vor seien die fortschrittlichen Kräfte in der Defensive, sämtliche feindliche Argumente seien in der Partei verbreitet, Forderungen nach der Abberufung von Götting seien erhoben worden. Viele CDU-Mitglieder seien über das gute Ergebnis der westdeutschen CDU bei den Bundestagswahlen 1953 befriedigt.⁷³ In einer Einschätzung der Meinungsbildung in den CDU-Ortsgruppen im Jahr 1958 heißt es: »In sehr vielen Ortsgruppen der CDU haben die reaktionären Kräfte, die vielfach die Politik der West-CDU als richtig anpreisen, die Initiative. Sie spekulieren auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und arbeiten teils offen, teils versteckt feindlich. Viele der Ortsgruppen der CDU sind in Auflösung begriffen, weil sie mit der offiziellen Politik der zentralen Parteileitung nicht einverstanden sind. In der überwiegenden Anzahl weichen die positiven Kräfte in den Ortsgruppen und vielfach auch Mitglieder der Kreisvorstände vor der Auseinandersetzung mit diesen Elementen zurück«74.

Daß weite Teile der Mitgliedschaft mit Passivität und Desinteresse auf den Kurs der Parteiführung reagierten, hatte Konsequenzen für die Parteiarbeit, die sich so auf relativ wenige Schultern verteilte. Die Veranstaltungen in den Ortsgruppen und Kreisverbänden stießen auf geringe Resonanz. Dies traf auf die Beteiligung an den monatlichen Mitgliederversammlungen ebenso

⁷⁰ Vgl. Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen, Bericht über die Lage in den anderen Parteien nach der II. Parteikonferenz, 28.10.1952, S. 5 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3); vgl. Abt. Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen, Einschätzung der Lage in den anderen Parteien, CDU, 4.9.1954 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3); vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

⁷¹ Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Haltung der Funktionäre und Mitglieder CDU zu den Fragen des Kampfes um den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschland sowie zum Aufbau des Sozialismus, 16.1.1953, S. 5 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

⁷² Vgl. HAUPTS (wie Anm. 1), S. 398-400.

⁷³ Abteilung Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen, Bericht an das Politbüro des Zentralkomitees, Betr.: Die gegenwärtige Lage in den anderen Parteien, 15.12.1953 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

⁷⁴ Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei im Jahre 1954 bis jetzt, S. 6 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

wie auf die örtlichen Schulungsveranstaltungen, die aufgrund des geringen Teilnehmerinteresses bis zum Ende der 50er Jahre nur äußerst unregelmäßig zustande kamen.⁷⁵ Daß zahlreiche vorgesehene Teilnehmer an den Lehrgängen der Parteischulen ohne Entschuldigung fernblieben, war kein Einzelfall. Anders als die SED verfügte die CDU auch nicht über die nötigen Druckmittel, um die satzungsmäßig festgelegte Pflicht der Teilnahme an Schulungsmaßnahmen durchzusetzen. Die im Vergleich zur SED geringere Verfügbarkeit der CDU-Mitglieder könnte daher auch als ein Grund für den Beitritt in diese Partei in Betracht kommen. Die Passivität hatte aber auch Folgen für die Bereitschaft zur Übernahme von kommunalen Ämtern und für die Wirksamkeit gegenüber der parteilosen Bevölkerung. Wer selbst nicht überzeugt ist, kann nur schwer Überzeugungsarbeit leisten. Die CDU hatte wiederholt Schwierigkeiten, die ihr zugewiesenen Mandate in den Volksvertretungen auf Gemeindeebene zu besetzen. 76 Dies galt gelegentlich sogar auch für die nicht so umfangreiche Zahl der Mitglieder von Räten der Kreise.77

Zu den Kritikpunkten, die an der Basis der CDU immer wieder vorgetragen wurden, gehörte die Anerkennung des Führungsanspruchs der SED. Die Berichte umschreiben dies in der Regel in allgemeiner Form. Für das Jahr 1954 liegt jedoch in einem Stimmungsbericht der CDU der seltene Fall der Wiedergabe wörtlicher Zitate vor. Es handelt sich dabei um die Reaktion auf einen Artikel des Generalsekretärs Götting, der unter dem Titel »Der IV. Parteitag der SED ist von großer Bedeutung für alle deutschen Patrioten« veröffentlicht worden war. Im Stimmungsbericht heißt es: »Wie kann sich nur der Generalsekretär der CDU für eine derartige Verherrlichung der SED hergeben. Wir wissen doch ganz genau, daß das Volk davon nichts wissen will, und nun macht doch die CDU alles mit und unterstützt noch die SED in ihren Machtbestrebungen. Macht endlich freie Wahlen, dann ist es sowieso vorbei mit dem Führungsanspruch«⁷⁸. Eine andere Stimme äußerte sich so: »Das ist wirklich ein starkes Stück. ... Man darf sich nicht wundern, wenn sich immer mehr Mitglieder abmelden. Mir kommt es so vor, als ob der Generalsekretär bei der Veröffentlichung dieses Artikels

⁷⁵ Vgl. Planerfüllungsbericht Oktober 1954 (ACDP VII-013-691); Berichte der Bezirksverbände, Februar 1958 (ACDP VII-013-575).

⁷⁶ Vgl. Brief der SED-Bezirksleitung Halle an den Sektor Befreundete Organisationen, 25.8.1961 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

⁷⁷ Vgl. SHV, Abt. Parteiorgane, Auswertung des statistischen Berichts für das Jahr 1968 (StAPMO, ZPA, IV A2/15/49); vgl. SHV, Abt. Kader, Beschlußvorlage Sekretariat v. 13.1.1970: Information über den Stand der kaderpolitischen Vorbereitung der Neuwahl der Räte der Kreise (StAPMO, ZPA, IV A2/15/51).

⁷⁸ Bericht über die Stimmung und Meinung von Funktionären und Mitgliedern der CDU zu dem Artikel des Generalsekretäre Gerald Götting in der NZ v. 14.3.1954 (ACDP VII-013-1291).

nur einen Auftrag von bestimmter Seite ausgeführt hat«⁷⁹. Auch das Fazit des Berichterstatters auf diese Äußerungen verdient Beachtung, da es den gewollten Wirklichkeitsverlust in der Parteileitung erkennbar werden läßt. Es gebe immer noch Unionsfreunde, die nicht die politische Reife besitzen, um die Tragweite der Ausführungen von Gerald Götting zu verstehen; durch intensive Aufklärung sei ihnen die erforderliche Klarheit zu vermitteln.⁸⁰

Die Einstellung zur Führungsrolle der SED ist nur ein Beispiel für die großen Vorbehalte, denen die ideologische Aufklärung unter den CDU-Mitgliedern ausgesetzt war. Die Grundfragen der politischen Orientierung der DDR, die Einheitslistenwahl, der Aufbau des Sozialismus, die maßlose Abgrenzung von der Bundesrepublik stießen bei vielen CDU-Mitgliedern auf ausdrückliche Ablehnung. Offensichtlich gelang es auch langfristig nicht, ein »DDR-Bewußtsein« heranzubilden. Zweifel am Sieg des Sozialismus, an der viel beschworenen Gefährlichkeit des »westdeutschen Imperialismus« und die Hoffnung auf Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten blieben für die Stimmungslage an der Basis prägend.⁸¹

Angesichts der skizzierten Anpassungsbereitschaft der Parteileitung ist es erstaunlich, daß die SED auch viele hauptamtliche CDU-Funktionäre unter Einschluß der höchsten Parteigremien als labil und unzuverlässig beurteilte. Vorwürfe gegen den zentralen Apparat, der die fortschrittliche Linie abschwäche und sogar einen »offenen Kampf« gegen die sozialistische Ideologie führe, können bis 1957 belegt werden.⁸² Aber auch für die sechziger Jahre gibt es noch Hinweise der SED, Bezirksvorsitzende von ihren Ämtern abzulösen.⁸³ Sofern nicht sogar »feindliche Auffassungen« bei den Funktionären selbst registriert wurden,⁸⁴ lautete der Hauptvorwurf gegen die CDU-Führung, daß der progressive Kurs nicht energisch genug in der Partei durchgesetzt und die Auseinandersetzung mit »feindlichen« Kräften vermieden werde.⁸⁵ Den Kreissekretären kam als Scharnier zwischen der Parteileitung und den Ortsgruppen besondere Bedeutung zu. Trotz

⁷⁹ EBENDA.

⁸⁰ EBENDA.

⁸¹ Vgl. Mitteilung von Ufrd. [Unionsfreund] Börner an Abt. Parteiorgane, Bericht über Argumente, 2.4.1970 (ACDP VII-013-2094); vgl. Mitteilung von Ufrd. Berghäuser an Abt. Parteiorgane, Informationsbericht für April 1970 (ACDP VII-013-2094).

⁸² Vgl. Sektor Befreundete Organisationen, Die Entwicklung der kleinbürgerlich-demokratischen Parteien in der Zeit zwischen dem IV. und V. Parteitag unserer Partei (StAPMO, ZPA, IV 2/15/2).

⁸³ Protokoll der Beratung der Arbeitsgruppe Befreundete Organisationen v. 17.7.1968 (StAP-MO, ZPA IV A2/15/5).

⁸⁴ Vgl. Abt. Leitende Organe der Partei, Bericht an das Politbüro des Zentralkomitees, Betr.: Die gegenwärtige Lage in den anderen Parteien, 15.12.1953, S. (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

⁸⁵ Vgl. Entwicklung der CDU seit dem IV. Parteitag unserer Partei im Jahre 1954 bis jetzt, S. 4 (StAPMO, ZPA, IV 2/15/3).

eindeutiger kaderpolitischer Vorgaben erzwang es die Personalnot jedoch immer wieder, politisch und intellektuell ungeeignete Kräfte einzusetzen, was die ohnehin vorhandene hohe Fluktuation in diesem Amt weiter steigerte. Bei dieser Funktionärsgruppe gelang es schließlich in der Folge intensiver Schulungsmaßnahmen etwa seit Mitte der sechziger Jahre, Mitarbeiter einzusetzen, die als zuverlässig beurteilt wurden. Die Trennunglinie zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft ist seither bei aller notwendigen Vorsicht im Einzelfall zwischen den Ortsgruppen und den hauptamtlichen Funktionären der Kreisverbandsebene anzunehmen.

V. Zusammenfassung

- 1. Nach dem Willen der SED sollte die Ost-CDU ein Instrument zur Systemstabilisierung sein. Ohne wirkliche Teilhabe an der Macht, sondern lediglich an der Repräsentation des Staates, hatte sie die primär nach innen gerichtete Funktion, ihre Mitglieder auf die Politik der DDR zu orientieren, Vorbehalte abzubauen und Einsatzbereitschaft für den Sozialismus hervorzubringen. Ihre politische Rolle war damit im Grundsatz der Bedeutung der Massenorganisationen in der Nationalen Front gleichzusetzen. Zumindest seit der Mitte der fünfziger Jahre regierte die Parteileitung als Befehlsempfänger und eifriger Erfüllungsgehilfe der SED.
- 2. Eine wirksame Interessenvertretung durch die Gesamtpartei ist bisher nicht festzustellen. Die These einer selektiven Interessenvertretung (Lapp) kann in dieser allgemeinen Form nicht aufrechterhalten werden. Dies schließt nicht aus, daß in Einzelfällen auf der lokalen Ebene eine vom offiziellen Kurs abweichende politische Einflußnahme durch Vertreter der CDU möglich war und auch wahrgenommen wurde.
- 3. Der Eintritt in die CDU ist weniger als ein Signal des Widerstands einzuschätzen, sondern mehr ein Zeichen für den kleineren Kompromiß, ein Ausweichen vor den höheren Verpflichtungen und der schärferen Parteidisziplin, die eine Mitgliedschaft in der SED bedeutete. Weitere Untersuchungen zur Arbeit in den Ortsgruppen müssen sich mit der Frage befassen, inwieweit sich Mitglieder auch gegen die Intentionen der Parteileitung und gegen die zugewiesenen Funktionen »ihre« Partei für andere Belange zunutze gemacht haben.
- 4. Trotz des äußerlich einheitlichen Erscheinungsbildes der Ost-CDU sind im Inneren zwischen den horizontalen Ebenen deutliche Differenzierungen erkennbar. Die Entwicklung zur Kaderpartei hat zumindest bis zum

⁸⁶ Bis zur Mitte der sechziger Jahre wurden im Jahr bis zu einem Fünftel aller Kreissekretäre ausgewechselt (Abt. Kader, Analyse der kaderpolitischen Situation der Kreissekretäre, Vorlage für das Sekretariat am 6.2.1967, StAPMO, ZPA, IV A2/15/51).

Mauerbau gedauert. Auch für die sechziger Jahre ist erkennbar, daß es noch ein beträchtliches Unruhepotential gab, das sich in der Regel nicht mehr öffentlich artikuliert hat, jedoch eine deutliche Kluft zwischen den Zielsetzungen und Erwartungen an die Parteiarbeit und ihrer tatsächlichen Wirksamkeit begründete. So bleibt als ein vorläufiges Resümee festzuhalten, daß für die Jahrzehnte einer erzwungenen Gleichschaltung unter der glatten Oberfläche der Ost-CDU noch manches Zwiespältige zu entdecken ist.